

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

## Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile  
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Druckerei: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 87 836. Fernsprecher: Dönhof 292 bis 297

# Breitscheid greift an!

## Begründung des sozialdemokratischen Misstrauensantrages.

Die Aussprache über die Erklärung des Kabinetts Brünning ist im Gang. Die Hoffnungen des Kabinetts beruhen auf den Deutschnationalen — die Deutschnationalen wieder machen ihre Entscheidungen abhängig von bestimmten Erklärungen der Reichsregierung, die sie noch heute erwarten.

Entweder Sturz, oder scharfe Hervorkehrung des Bürgerblockcharakters — ein Drittes gibt es für das Kabinett Brünning nicht!

Bei unermindelter Interesse und Andrang begann heute mittag die Debatte über die Programmklärung des Kabinetts Brünning. Als erster Redner sprach:

### Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Dem Vant an das scheidende Kabinett Hermann Müller, den der neue Reichkanzler gestern ausgesprochen hat, schließen wir uns aus vollem Herzen und in vollem Wortlaut an. Jeder weiß, wie groß die Schwierigkeiten sind, die gerade der Leiter eines Kabinetts der Großen Koalition zu überwinden hat. Reichkanzler Müller hat diese Aufgabe übernommen im vollen Bewußtsein des steinigen Weges, den er damit betrat. Hier mußte eine Regierung zusammengehalten werden, deren einzelne Bestandteile in mehr als einer Beziehung noch ihrem Programm, nach ihrer ge-



Rudolf Breitscheid

schichtlichen Entwicklung, nach den Schichten und Interessen, die sie in erster Linie vertreten, auseinanderstreben. Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze bestanden vor allem ganz naturgemäß zwischen den beiden großen Flügelparteien dieser Koalition, der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei. Und immer wieder mußten der Reichkanzler wie die beteiligten Gruppen den Weg suchen, den diese beiden großen Flügelparteien gemeinsam betreten konnten. Das war eine dornenvolle Aufgabe und trotzdem ist uns ihre Lösung durch ein dreiviertel Jahre gelungen, bis schließlich das Kabinett Müller an einer Frage gescheitert ist, in der die Kluft namentlich zwischen den beiden Flügelparteien unüberbrückbar geworden war.

Diese Zeit der gemeinsamen Arbeit in der Großen Koalition hat Opfer von uns gefordert. Ohne solche Opfer ist ja überhaupt eine Koalitionsregierung nicht denkbar. Niemand wird bestreiten können, daß die Sozialdemokratie große Opfer während dieser Zeit gebracht hat (andauernde Gegenrufe der Kommunisten). Wir haben auf manche Forderungen verzichtet und uns auf manchem Gebiet beschränken müssen. Wir leugnen nicht im allergeringsten, daß auch andere beteiligte Gruppen Wünsche und Forderungen zurückgestellt haben.

Wir sind diesen Weg gegangen nicht mit Begeisterung und nicht aus Sentimentalität, sondern weil es keine andere regierungsfähige Mehrheit im Hause gibt,

und weil wir das Staatschiff nicht Gefahren aussetzen wollten, die bei einem Abweichen von der parlamentarischen Linie für unüberwindlich gehalten werden mußten und heute für unüberwindlich gehalten werden müssen. (Zustimmung der Soz.)

Die Große Koalition hat ihr Ende gefunden, aber die Kombinationen im parlamentarischen Leben sterben nie einen endgültigen Tod. (Hört, hört und Gelächter der Kommunisten.) Ich kann mir sehr wohl denken, daß eine Zeit kommt, in der dieselben Erwägungen, die für uns ein dreiviertel Jahr hindurch maßgebend gewesen sind, wieder bestimmend werden können. (Sehr wahr, bei den Soz., Befrei der Komm.) So lange

## Reichsbanner heraus!

Das Berliner Reichsbanner veranstaltet heute, um 20 Uhr, auf nachstehenden Plätzen vier große Kundgebungen:

Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus (Kreis Westen).  
Brunnenplatz (Kreis Norden). Oranienplatz (Kreis Süden).  
Küstriner Platz (Kreis Osten).

An die Kundgebungen schließen sich ausgedehnte Ummärsche durch den entsprechenden Stadtteil an. Alle Republikaner werden aufgefordert, an diesen Kundgebungen, für die das Thema der Mahnruf „Volkhab' a'cht!“ gilt, teilzunehmen.

eine einzelne Partei, die nicht stark genug ist, allein zu regieren, sich nicht auf eine Opposition beschränken will, die ganz auf Agitation abgestimmt ist, so lange sind wir im Reichstag auf Koalitionen angewiesen. Die Partei, die die größte in diesem Reichstag ist und die die größte im nächsten Reichstag sein wird (Befrei äußerst links und äußerst rechts), unter welchen Umständen immer auch der Reichstag sein Ende finden wird —

diese Partei wird auch in der Zukunft stets bereit sein, die Mitverantwortung zu übernehmen, die sie mit den von ihr verfolgten Ideen und mit den Interessen der durch sie vertretenen Schichten für vereinbar halten kann.

Es ist überflüssig zu sagen, daß uns die Notwendigkeit, in die Opposition zu gehen, nicht im allergeringsten schreckt. Parteipolitisch ist uns die Opposition zu jeder Zeit ausgezeichnet bekommen; sie wird es auch jetzt. Aber unter allgemeinen, unter staatspolitischen Gesichtspunkten gilt das Wort, das der Führer der Deutschen Volkspartei vor zehn Tagen in Mannheim gesprochen hat: „Auf die Dauer läßt sich nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren.“ (Sehr wahr!) Dr. Scholz hat damit vollständig recht gehabt, und es ist nur schade, daß seine politischen Freunde die Wahrheit sobald vergessen und in den Wind geschlagen haben.

Woran ist die Große Koalition in dem Augenblick gescheitert? Es war bekannt, daß es in Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung, namentlich in der Frage der Arbeitslosenversicherung, Grenzen gibt, die von der Sozialdemokratie nicht überschritten werden. Nichts ist verheerlicher als die Behauptung, daß der Streit sich entzündet habe an einer Bogatelle von 70 Millionen, die zur Ausbalancierung des Etats der Arbeitslosenversicherung für den Augenblick fehlten. Uns allen, die wir in der Großen Koalition zusammengearbeitet, war der Ausgangspunkt, daß die Finanzen des Reichs saniert werden, auf eine feste und sichere Basis gestellt werden müssen. Wir Sozialdemokraten waren bei dieser Sanierung, das heißt bei der Schaffung neuer Steuern, auch solcher, die auf den Konsum zielen, bereit mitzuwirken, da uns die Sicherung des Etats und die Beseitigung der Gefahren immer wiederkehrender Kassenchwierigkeiten vollkommen bekannt waren und wir sie auch im Interesse der Arbeiterschaft (lärmende Rufe der Komm.) zu bejehigen für notwendig hielten. Die Sozialdemokraten waren auch bereit, die Möglichkeiten der von den bürgerlichen Parteien geforderten Steuerlenkung, vor allem bei den Realsteuern und der Ausgabenlenkung, zu prüfen, obwohl wir uns hier die letzte Entscheidung vorbehielten und sie von dem Stand der öffentlichen Finanzen im nächsten Jahre abhängig gemacht sehen wollten. Wir beurteilen diese Finanzen skeptischer und kritischer, als es die bürgerlichen Parteien getan haben. Wir hätten weiter mitgewirkt, immer unter dem erwähnten Vorbehalt, daß die geplanten Ausgabenentlastungen von uns mitgetragen und mitverantwortet werden können.

Man kann uns also wahrhaftig nicht den Vorwurf einer demagogischen Politik machen. (Zustimmung der Kommunisten.) Ich freue mich, dabei Ihren Beifall zu finden. (Sehr gut.)

Die Bedingungen, die wir stellten, waren, daß gleichzeitig die Deckung des Bedarfs der Arbeitslosenversicherung gewährleistet sei, ohne daß ihre Leistungen gefährdet werden dürften.

Unter diesen Bedingungen waren wir bereit, die Regierungsvorlage vom 5. März anzunehmen, die u. a. die Erhöhung der Beiträge auf 4 Proz. festsetzte. Aber diese Regierungsvorschläge waren sehr bald in Frage gestellt und aufs neue diskutiert worden, mit der Absicht, sie abzuändern.

Ich kann hierbei der Zentrumskaktion den Vorwurf nicht ersparen, daß sie von dem Grundsatz abgewichen ist, den sie mit großem Nachdruck vertreten hat, daß die Regierung während sein müsse.

Noch vor kurzem hat Dr. Brüning vor seinen Parteifunktionären in Köln erklärt, daß es das Ende der Demokratie sei, wenn eine Partei das Finanzprogramm ihres eigenen Ministers im Stiche läßt und auf Agitationspolitik ausgeht. Das waren harte Worte an die Deutsche Volkspartei von einem Manne, der in den letzten Monaten immer wieder gefordert hat, die Regierung müsse führen und ihre Vorlagen vor dem Parlament zur Entscheidung bringen!

Im vorigen Herbst ist es uns gelungen, mit dem Zentrum zusammen eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchzuführen, während die Deutsche Volkspartei sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthielt. Das Zentrum sah mit uns die ungeheuer große Gefahr, die darin liegen würde, wenn ein Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung erfolgte.

Den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung hat die damalige Regierung mit 410 Millionen angelegt. Davon würden 140 Millionen gedeckt worden sein, wenn die 33prozentige Beitragszahlung auf das ganze Haushaltsjahr ausgebeht worden wäre. Außerdem sollten durch einen festen Reichszuschuß 150 Millionen aufgebracht werden.

Es fehlten also noch 120 Millionen, wovon 50 Millionen aus dem sogenannten Koststock der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden sollten. Es blieb also ein ungedeckter Rest von 70 Millionen. Wir haben von vornherein lebhaft Zweifel daran gehabt, ob nicht diese ganze Berechnung angesichts der Wirtschaftslage und des Arbeitsmarktes viel zu günstig sei. Es ist dabei eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,2 Millionen zugrunde gelegt. Und da wir an Wunder nun einmal nicht glauben, war diese Zahl für das nächste Etatsjahr nach unserer Meinung anzunehmen. Nach dem Kompromißantrag sollten die Deckung des Fehlbetrages und die Leistungen erst im Herbst geregelt werden, weil die neuen Steuern und die Beitragserhöhung erst im Herbst wirksam geworden wären.

Es wäre also in diesem Moment für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung praktisch nur die Herabsetzung der Leistungen übriggeblieben.

(Hört, hört bei den Soz.) Man hat uns gesagt, wir sollten warten, bis im Herbst die endgültige Entscheidung erfolge. Aber uns rang in den Ohren der Ruf, den der sozialpolitische Sachverständige der Deutschen Volkspartei ausgestoßen hatte, daß sie es als unerlässliche

### Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre!

Montag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr.  
In den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Sir 31

### Funktionärkonferenz

Tagesordnung: 1. „Die politische Situation im Reich“. Referent: Reichs-  
arbeitsminister a. D. R. Wissell. — 2. Wahl der 3 Vertreter zum erweiterten  
Bezirksvorstand. — Ohne Parteilbuch und Funktionskarte kein Zutritt.  
Das Betriebssekretariat.

Bedingung betrachte, lehnt eine Regelung der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen, das heißt, daß der Leistungsabbau im Sommer unbedingt gewährleistet werden müßte. (Beifolles Hört, hört bei den Sozialdemokraten.)

Diese Gefahr konnten wir nicht zulassen. Der Finanzminister Rosenbauer nahm den Standpunkt ein, daß keine Finanzplanung möglich sei, so lange nicht die Arbeitslosenversicherung tatsächlich saniert ist.

Obwohl man nun die Arbeitslosenversicherung nicht saniert, glaubt man an die Finanzsanierung mit großen neuen Steuern herangehen und trotzdem für das nächste Jahr Steuererleichterungen versprechen zu können! Diesen Weg mitzugehen, sind wir nicht in der Lage gewesen.

Der Redner zitiert Ausführungen des „Deutschen“, des Organs der christlichen Gewerkschaften, in denen den Unternehmern zum Vorwurf gemacht wird, sie wollten zuerst an den Arbeitslosen sparen. Noch nach dem Rücktritt des Kabinetts Müller habe dieses Blatt geschrieben, daß jetzt die Lasten auf die Schultern der Massen gelegt werden sollen, daß man mit dem Sparen bei der Sozialversicherung beginnen wolle. Eine solche Politik müsse mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden.

Keine Regierung dürfe es wagen, die Sozialpolitik abzubauen, insbesondere nicht die Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Die neue Regierung wird sich sehr wohl hüten, ihr Programm des Abbaus der Sozialversicherung vor der Öffentlichkeit zu verkünden. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß es dazu kommen wird, wenn der Weg gegangen wird, den das von uns abgelehnte Kompromißprogramm hat und das der Anlaß zum Sturz der Regierung Hermann Müller gewesen ist.

Wie ist das neue Kabinett zustande gekommen? Es hat einen Vorzug, den der Schnelligkeit, mit der es sich dem Reichstag vorstellen konnte. Es entsteht aber die Frage, ob nicht diese Schnelligkeit auf Kosten der Loyalität geht. Ist diese Schnelligkeit nicht vielleicht eine Folge der Vorgänge, die noch zu Lebzeiten des Kabinetts Müller zu beobachten waren? Hat man nicht schon damals für einen Erfolg gesorgt? Von dem gegenwärtigen Reichsanwalt glaube ich nicht, daß er an einem solchen Intrigenspiel beteiligt war. Er ist ehrlich bemüht gewesen, die Große Koalition beieinander zu halten. Aber es hat andere Leute gegeben, die ungeduldig im Vorzimmer der Krankenkasse standen, um nicht den Moment zu verpassen, wo sie die Erbschaft antreten konnten.

Dann hat eine sehr hohe Stelle eingegriffen und der Verfassung eine Auslegung gegeben, die dem Sinne und dem Wortlaut der Verfassung nicht entspricht. Brüning hat dann dem Wunsch dieser hohen Stelle entsprochen, er hat sich bemüht, Herrn Schiele, bisher Mitglied der deutschnationalen Fraktion und heute noch Mitglied der deutschnationalen Partei, sowie den Abgeordneten Treviranus von den Volksparteien in sein Kabinett aufzunehmen.

Herr Schiele ist unter besonders merkwürdigen Umständen in das Kabinett gekommen.

Ich will die Absichten, die Herr Brüning mit dieser Berufung gehabt hat, nicht untersuchen, besonders, weil er in der Öffentlichkeit noch nicht darüber gesprochen hat. Herr Schiele ist jetzt zwar aus seiner Fraktion, aber nicht aus seiner Partei ausgetreten. Schiele erscheint im Kabinett sozusagen inoffiziell. (Heiterkeit.)

Das kann nichts anderes heißen, daß man nach außen dokumentieren möchte, als ob man mit der deutschnationalen Fraktion nichts zu tun habe. Das soll heißen, wir gründen die Leute unter Hugenberg nicht unter den Händen, aber wir können uns vielleicht vertragen, wenn wir zukaufen sind. (Heiterkeit.)

Mit vollen Händen werden jetzt agrarische Versprechungen gegeben. Was soll das bedeuten? Doch nur so viel: ein rechter Regierungsmann kann keinen Hugenberg leiden, doch seine Stimme nimmt er gern. (Stürmische Heiterkeit.)

Das Agrarprogramm des neuen Kabinetts verspricht eine Menge schöner Dinge, die jedoch im einzelnen nicht genannt werden. Von uns werden Sie nicht verlangen, daß wir diese agrarische Kage im Saal kaufen. Aber wenn wir wissen wollen, wie diese Einzelheiten aussehen, so müssen wir uns an den jetzigen Ernährungsminister halten, der noch bis in die letzte Vergangenheit hinein in Anträgen an den Reichstag die Forderungen der Grünen Front vertreten hat. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat die Neubildung der Regierung mit dem Hymnus begrüßt, daß nunmehr die Frontkämpfergeneration an die Regierung gekommen sei. Wir haben den Eindruck, als ob die grünen Frontkämpfer an die Regierung gekommen sind. (Heiterkeit.)

Die Regierungserklärung hat sich in den Agrarfragen in allgemeinen Ausdrücken bewegt. Seit Jahren haben wir zwei Gruppen in der Agrarpolitik. Die eine Gruppe, die mit der Wirklichkeit rechnet und die auch von der Sozialdemokratie unterstützt wird und die andere Gruppe, die demagogische Programme aufstellt.

Wenn die neue Regierung versuchen wollte, die von Herrn Schiele aufgestellten Programmpunkte in die Wirklichkeit umzusetzen, so würde sie die Staatsfinanzen in eine furchtbare Krise stürzen

(Sehr wohl! links.) Unter dem Kabinett Müller sind mehr als 100 Millionen Mark für die Umschuldung und Lastenerleichterung der Landwirtschaft, besonders in Ostpreußen, gegeben worden. Allerdings ist erst durch die Entsendung eines Staatskommissars ein strenger Maßstab bei der Verteilung der Mittel angelegt worden, vorher wurden Dutzende von Millionen verschwendet. (Sehr wohl! links.)

Von den christlich-Sozialen werden dem Redner für meine Zusage gemacht. Breitscheid ruft den Abg. Hepp und Dörrich zu: „Wenn Sie Ihre Zeit statt im Parlament auf Ihren Gütern zubringen würden, dann würde das für das Parlament und für Ihre Güter von Nutzen sein.“ (Zustimmung links, Lärm bei den Deutschnationalen.)

Vorläufig kann es sich also entweder nur um ein leeres Gerede zur Täuschung der Landwirtschaft handeln; oder wollen Sie doch das Landbündnisprogramm verwirklichen? Etwas den Antrag, den Herr Schiele noch vor einigen Tagen unterschrieben hat, wonach fünf Jahre lang jährlich 200 Millionen Mark, also im ganzen 1 Milliarde, unter Ausschaltung der Kontrolle des Reiches an die Landwirtschaft gegeben werden sollen?

Wollen Sie das Programm der bisherigen Regierung verlassen und zu einer hemungslos Subventionenpolitik übergehen, die die Finanzen des Reiches in eine hoffnungslose Lage bringen müßte? Den Vertretern der städtischen Volksschichten in dem neuen Kabinett kann man zu diesen agrarischen Forderungen nur gratulieren. Das Kabinett Müller hat es für seine Aufgabe gehalten, die Interessen der landwirtschaftlichen

# Geschäftstüchtiger Landgerichtsrat.

## Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Nicht ganz allfällige Dienstvergehen eines Land- und Amtsgerichtsrats sehen heute morgen zur Verhandlung vor dem kleinen Disziplinarssenat des Kammergerichts. Die Klaffen für diesen Fall bilden die Kriegsergebnisse.

Land- und Amtsgerichtsrat Michael Hirschberg, der sich zu verantworten hat, ist als Reichsdeutscher in Odessa geboren. Sein Vater war hier Getreideexporteur und Agent und kehrte im Jahre 1915 nach kurzer Internierung in Rumänien nach Deutschland zurück. Auf Grund der Gewerkschaftsverordnung machte er als Auslandsdeutscher dem Reich gegenüber Entschädigungsansprüche geltend. Die Hoffnungen auf die Zahlung dieser Entschädigungen führten zu den eigentümlichen Geschäften des Herrn Landgerichtsrats.

Der Angeklagte hat in Berlin Jura studiert und war im Jahre 1925 Landrichter beim Landgericht I geworden. Schon im ersten Jahre seiner richterlichen Tätigkeit erhielt er eine Mahnung wegen Unpünktlichkeit. Dieser folgte im Jahre 1927 vom Landgericht II eine Rüge und eine weitere Mahnung und im Jahre 1928 noch eine

### Mahnung wegen Bürgschaften.

die er den Gläubigern eines Freundes geleistet hatte, obgleich er selbst nichts besaß. Im Jahre 1928/29 beging er die Verfehlungen, die zur Einleitung eines Strafverfahrens und dann auch eines Disziplinarverfahrens führten. Es wird dem Landgerichtsrat zur Last gelegt, daß er sich des Ansehens und des Vertrauens eines Richters unwürdig gezeigt, daß er seine Pflichten als Richter verlegt, Schulden und

### bedenkliche Kauf-, Wechsel- und andere Geschäfte

gemacht und den Behörden falsche Auskünfte über seine Vermögensverhältnisse erteilt habe. Ferner wird ihm vorgeworfen, daß er seine Dienstgeschäfte nicht ordentlich geführt habe. Gegen den Landgerichtsrat war auch ein Strafverfahren wegen Betruges und Urkundenfälschung eröffnet worden. Er wurde beschuldigt, gegen Wechsel einen Grammophonapparat erworben zu

haben, desgleichen auch einen Kraftwagen im Preise von 9000 RM., den er drei Tage später für den halben Preis verkaufte. Es wurde ihm ferner zur Last gelegt, norddeutsche Schecks ohne Deckung ausgestellt zu haben und einem seiner Bekannten Gefälligkeitswechsel gegeben zu haben, damit dieser den Kraftwagen auslösen könne. Die Voruntersuchung war zwar eröffnet worden, der Landgerichtsrat aber außer Verfolgung gesetzt; das nun gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren erstreckt sich außer auf die eben erwähnten Fälle auf

### vier weitere Fälle von Wechselgeschäften.

Die Familie des Angeklagten hatte vom Reichsentschädigungsamt im Laufe der Jahre 16 000 RM. ausbezahlt erhalten. Die Höhe der Schlußentschädigungssumme, die in das Reichsschuldbuch eingetragen wurde, aber erst im Jahre 1940 fällig war, machte 32 000 RM. aus. Die Schulden des Landgerichtsrats, die am 1. Januar 1928 sich bereits auf 17 500 RM. beliefen, betrugen am 1. Januar 1929 31 000 RM.

Der Angeklagte erklärt, daß er selbst eine äußerst bescheidene Lebenshaltung führte, daß seine großen Ausgaben in der Hauptsache durch die mäßigen Vermögensverhältnisse seiner Familienmitglieder, seiner Schwester und Mutter, verursacht worden seien. Ein großer Teil der Schulden sei bereits durch seinen Schwager beglichen.

Zur Erörterung gelangen die einzelnen dem Landgerichtsrat zur Last gelegten Fälle. Der Vorsitzende erklärt, daß als erster der Fall Rempel besprochen werden soll, der eventuell prozessuale Folgen haben könnte, d. h. daß der Senat sich eventuell gezwungen sehen könnte, das

Disziplinarverfahren abzubrechen und ein Strafverfahren zu beantragen.

In diesen Fall spielen folgende Dinge hinein, die den Staatsanwalt veranlassen, wegen Gefährdung der Sittlichkeit Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen. Die Öffentlichkeit wird tatsächlich ausgeschlossen und die Pressevertreter müssen den Gerichtsaal verlassen.

Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Sozialdemokratie sich von dem Art. 48 nicht schrecken lasse. Er warnt den Reichsanwalt Brüning, sich auf diesen gefährlichen Weg zu begeben, von dem man wohl den Anfang, aber nicht das Ende wisse.

Die Sozialdemokratie will eine ruhige Fortentwicklung auf dem Boden der Verfassung, sie will keine weitere Abspaltung zwischen den Parteien, die zur Erhaltung der Verfassung berufen sind! Was wir wollen, das ist ein Staat, den wir verteidigen und den wir stützen können! (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Die Rede, mit der Genosse Breitscheid die heutige Reichstagsdebatte eröffnete, gefalle sich zu einem großen parlamentarischen Ereignis. Mit Ausnahme der Deutschnationalen, die in ihrem Fraktionszimmer qualvolle Beratungen abhielten, hatte sich das ganze Haus um den Sprecher versammelt und verfolgte seine Ausführungen mit außerordentlicher Spannung. Mit erhebener Stimme und größtem Nachdruck wies er darauf hin, daß eine Verletzung der Verfassung durch unzulässige Anwendung des Artikels 48 zu den verhängnisvollsten Folgen für Staat und Wirtschaft führen müsse.

Er schloß mit einem klammenden Appell zum Kampf, in dem die Sozialdemokratie den heutigen Staat, die Republik, mit allen Kräften verteidigen werde.

Nachdem sich der brausende Beifall gelegt hatte, nahm der Zentrumsgesandte Esser das Wort, um für seine Partei zu erklären, daß sie alle erdenklichen Anstrengungen zu machen bereit sei, um eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege herbeizuführen.

## Schiele an Hugenberg.

### Die Begründung des Parteiaustrittes.

Die Pressestelle des Reichslandbundes verbreitet den Brief des jetzigen Reichsministers Schiele an den deutschnationalen Parteiführer Geheimrat Hugenberg, in dem Schiele seinen Eintritt in die Regierung Brüning begründet. Schiele weist auf die immer bedrohlicher werdende Notlage der Landwirtschaft, namentlich im Osten, hin, sowie auf den persönlichen Wunsch des Reichspräsidenten, daß er, Schiele, als Fachminister die in dem Brief Hindenburg an den Reichsanwalt geforderte Hilfsaktion durchführe. Um diese Aufgaben bei den gegenwärtig gegebenen politischen Verhältnissen erfüllen zu können, bedürfte er der Handlungsfreiheit.

Aus diesem Grunde und auch um der Partei und ihrer Reichstagsfraktion die in der Fraktionsgemeinschaft liegenden Bindungen abzunehmen, habe er sich veranlaßt gesehen, sein Mandat aufzugeben und demzufolge auch sein Amt im Parteivorstand niederzulegen. „Ich habe“, so fährt Schiele fort, „mich zu diesem Schritt nach 16jähriger Zugehörigkeit zur alten konservativen und seit ihrem Bestehen zur deutschnationalen Reichstagsfraktion nach ersten Erwägungen entschlossen. Meinen politischen Freunden werde ich innerlich immer verbunden bleiben. In der festen Überzeugung, daß der erste Schritt zur nationalen Freiheit und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes sowie zur sozialen Einigung unseres Volkes eine zielbewusste Agrar- und Ostpolitik ist, habe ich das mir angetragene Amt angenommen. Ich bin mir bewußt, daß hierüber Unterschiede in den Auffassungen zwischen Ihnen und mir bestehen. Unserer Vereinbarung gemäß teile ich Ihnen meinen Entschluß und meine Beweggründe auch noch schriftlich mit.“

An den Fraktionsvorsitzenden Oberhofen sandte Schiele ein Schreiben, in dem er sagt, daß er sich dem an ihn ergangenen Ruf landwirtschaftlicher Berufsorganisationen nicht entziehen konnte.

## Keine Wohnungssteuer.

Der Magistrat wird, wie das Nachrichtenamt mittelt, nach einem in seiner heutigen Sitzung gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung keinen Entwurf einer Wohnungssteuer vorlegen.

lichen Erzeuger mit denen der Verbraucher in Einklang zu bringen. Die Sozialdemokratie hat aktiv an dieser Politik mitgewirkt, weil sie weiß, daß auch den landwirtschaftlichen Erzeugern angemessene Preise für ihre Produkte gewährt werden müssen. Die Sozialdemokratie war auch an der Zollregelung beteiligt, weil sie einen Ausgleich zwischen der Landwirtschaft und den anderen Kreisen der Bevölkerung anstrebte.

Sie konnte das um so mehr, weil sie zugleich einen angemessenen Verbraucherschutz sichergestellt hat. Das Kabinett Müller hat das Einfuhrschutzzystem, diese sinnlose Exportprämie und Verschleuderung von Volksermögen in mäßigen Grenzen gehalten. Will Schiele jetzt etwa wieder erneut durch eine maßlose Steigerung der Preise diese Exportprämie schaffen und Hunderte von Millionen aus Reichsmitteln verschleudern? (Sehr wahr, links.)

Wenn das Kabinett die Forderungen der Grünen Front verwirklichen will, dann wird unser Handelsvertragsystem zerschlagen, dann ist auch der Handelsvertrag mit Polen gefährdet, dann müssen die Lasten der Arbeitslosigkeit in unermesslicher Weise steigen.

Der Reichsanwalt hat von Sparen gesprochen, aber wenn er das Programm der Grünen Front verwirklichen will, dann wird es dem Reich Hunderte von Millionen kosten. (Sehr wahr! links.) Ich frage diejenigen Regierungsparteien, die nicht unter der Grünen Front stehen: „Wollen Sie durch die Schiele'sche Agrarpolitik unsere Handelspolitik zerschlagen lassen? Das muß die Folge sein, wenn Sie dabei helfen, die bisherige Politik zu zertrümmern.“

Im neuen Kabinett sitzt weiter Herr Treviranus, der zuerst erklärt hatte, daß Curtius nicht mehr Außenminister sein dürfe. Vorläufig hat man dann ja Herrn Curtius in seinem Amt gelassen. Der Reichsanwalt hat jetzt davon gesprochen, daß die auswärtige Politik organisch fortentwickelt werden soll. Was bedeutet das? Im Sinne der alten Regierung oder im Sinne der neu hinzugekommenen Minister?

In dem jetzigen Kabinett sitzen doch drei Herren, die Gegner der Young-Gesetze waren.

Die Volkspartei hat früher immer erklärt, daß die Young-Gesetze das Erbe Stresemanns seien, für das sie sich mit allen Mitteln einsetze. Jetzt ist aber die Volkspartei damit einverstanden, daß drei Gegner der Young-Gesetze zu deren Durchführung berufen werden. Herr Minister Treviranus, der gegen die Befreiung der besetzten Gebiete gestimmt hat, soll jetzt dazu ausersehen sein, die befreite Bevölkerung zu begütigen. (Sehr wahr, links.)

Einer der Gegner der Young-Gesetze ist ja auch Herr Schiele, der den § 4 des Hugenberg'schen Volksbegehrens mit unterschrieben hat. Heute sitzt er mit den Männern in der Regierung zusammen, die er damals ins Zuchthaus schicken wollte. (Beifall und Heiterkeit.) Wenn dieses Kabinett einen Namen verdient, so müßte man es das Kabinett der christlichen Nächstenliebe nennen, das alle früheren Sünden seiner Mitglieder zudeckt. (Heiterkeit.)

Der Reichsanwalt hat erklärt, daß er mit allen vortreffungsmöglichen Mitteln sein Programm durchzuführen gedenke. Er hat deutlich mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gedroht. Dieser Artikel gilt aber nur für den Fall, wenn die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet ist. Wenn wir fragen, ob diese Voraussetzung vorliegt, so müssen wir mit einem glatten Nein antworten. Das Kabinett rechnet mit Schwierigkeiten in der nächsten Zeit. Aber auf Maßnahmen darf man nicht die Anwendung des Art. 48 ausbauen. Es gab ein Mittel, um die jetzigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie brauchen nur die frühere Regierungsvorlage wieder herzustellen. Das Zentrum wußte, daß eine Mehrheit in diesem Hause ist, die mit ihm gemeinsam dieses Finanzprogramm durchführen wollte. Statt dessen droht Herr Brüning jetzt mit der Auflösung des Reichstags und mit Art. 48.

Die öffentliche Ruhe ist allerdings gestört worden, als Herr Schiele mit dem Aufstand der deutschen Bauern gedroht hat. Hier hat man allerdings nicht die verfassungsmäßigen Mittel angewendet, sondern man gibt den Agrariern neue Versprechungen. Würden Sie solche Versprechungen auch geben, wenn statt der schwarzen Fahne des Landbundes die rote Fahne der Erwerbslosen wehen würde?











# Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Unsere **Reformschuhe betreten den Fuß!**

**Landsgemeindehaus** Berlin-Mitte, Neue Schönhauser Str. 8  
Berlin-Spandau, Potsdamer Str. 38-39

Die führenden Mehlmarken in Fachkreisen:

**Standard**-Auszug  
Spezial

**Uebersee**-Auszug

**Ungaria**-Auszug

Wiener Auszug **Columbia**  
Roggenmehl **Krone**

**Dampfwäscherei Urania**  
Carl Gottschalk  
Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 11550  
Behnenufer 6 - Waldemarstr. 27  
**wäscht billig und gut.**

Urnen und Grabdenkmäler



Genossen! Unterstützt Eure eigenen Betriebe!  
Deckt Euren Bedarf an Urnen u. Grabdenkmälern nur in der  
**Steinmetzhütte**, G. m. b. H., Baum-  
schuldenweg, Kiefernstr., gegenüber d. Krematorium.  
Tel.: P. 3, Oberspree 1685. Lieferung nach allen Friedhöfen  
in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma achten. Sonntags geöffnet.

**VOLCK & GNÄDIG**  
Reparatur-Werkstatt  
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen  
Rotations-, Tiefdruck- und Offsetmaschinen  
**Umzüge kompletter Druckereien**  
Berlin SW 61, Glitschiner Str. 15  
Tel.: P 1, Mpl. 15389. - Nachtruf: G 5, Södring 323 und  
F 2, Neukölln 4659.

**Gaststätte**  
vormals „Zum Hakespecht“  
Inhaber: Mathias Schröder  
Häuserstr. 87-89  
Zentrum 8964

**Das Haus der guten Küche**  
Eigene Hausschlachtere

**VOLK-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN V.V.A.G.**  
1913

UNTER REICHAUFSICHT

Nach dreimonatiger Mitgliedschaft  
unbedingten Rechtsanspruch auf  
kostenlose, pietätvolle Bestattung  
Kein Kirchenaustritt erforderlich

Man verlange kostenfreie Zusendung  
eines Prospekts oder Vertreterbesuch

Haupt-Geschäftsstelle:  
Berlin N. 4, Invalidenstr. 110  
Fernruf Norden 3285-88, 3044

**Betten-Fürst** Gegründet 1908



Eiserne Bettstellen, Kinderwagen, Bettfedern, Inlets  
Fabrik für sämtliche Polstermöbel. Bettenreinigung  
erfolgt auf modernster elektrischer Maschine  
Berlin-Neukölln, Hermannstr. 31-33  
Tel.: F 2 Neukölln 1424  
Filialen: Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 132  
Dritz, Chausseestr. 30 a.

**Hermann Hussack**  
Tapetengroßhandlung, Neukölln, Berliner Str. 27  
Neue Muster 1930 von 25 Pfennig an

**DREIFUSS & Co.**  
AM DÖNHOFPLATZ  
Bürobedarf jeder Art - Packmaterialien  
Kartothek- und Registraturbedarf  
Kommandantenstr. 1-2 • Tel.: A 4 Zentr. 7520

**Fenster- und Gebäude-Reinigungs-Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4  
Fernsprecher: Jannowitz 4514

**Billigste und zuverlässigste Ausführung**

aller Reinigungsarbeiten / Bohner- und  
Öelmaschinen / Staubsauger / Vertreter-  
besuch jederzeit unverbindlich

**EBI**  
**Leberwurst**  
preiswert  
nahrhaft

**A. Schäfer**  
Mineralwasser-Fabrik und  
Bier-Großhandlung  
Niederlage flüssiger Kohlensäure  
Deutsches Grätzer, Weißbier usw.  
Lieferant für Kantinen u. Großbetriebe  
SW 68, Holtmannstraße 32 - Tel.: Dönhoff 9591

**Gebrüder Groh**  
Gegründet 1853  
55 eigene Verkaufsstellen  
in allen Stadtteilen Groß-Berlins (R 144)  
10 eigene Dampfmolkereien

**Wäsche nach Gewicht**  
bodenfertig - getrocknet - gemangelt  
von 20 Pfund an  
Feine Herrenwäsche / Gardinenreinigung  
**Dampfwäscherei „Sophie Charlotte“**  
Gegr. 1897, Charlottenburg, Spre-  
straße 35. Fernruf: C 4, Wilhelm Nr. 313

**Klischees**  
Galvanoplastische Werkstätten  
**K.-G. Baum & Co.**  
SW 68, Alie Jakobstraße 144  
Telephon: Dönhoff 890 - 891

**TACO** bietet jedem Auto  
Schutz gegen Un-  
fall sowie stoßfreie  
weiche Federung!  
Verlangen Sie Prospekte:  
„TACO“ Hin.-Chiba, Schlossstraße 60, Kraft-  
fahrzeug-Werks. Tel.: Wilh. 9023, 9223/24

**Ernst Philippbaar**  
Gegründet 1885  
Gardinen Dekorationen  
Polstermöbel  
Gediegen, doch preiswert!  
Rosenhaler Straße 40-41 2. Hof, 1 Tr. (Fabrikgebäude)  
Tel.: D 2, Weidendamm 9749

**Bien's Festsäle**  
Kreuzbergstraße 48 - an der Katzbachstraße  
Täglich außer Dienstag und Freitag  
**Großer altdeutscher Ball**  
Rundtänze - Zwei Kapellen - Ende 3 Uhr (R 146)

**Gebrüder Huth**  
Sahne-Großhandlung  
Gegründet 1861 [145]  
Berlin 50, Oranienstr. 195  
Lieferant erster Konditoren  
Eigene Dampfmolkereien  
Fernspr.: Moritzplatz 9889 u. 16792

**Frisier-Salon**  
H. Rausch  
Bethanien-Ufer, Ecke Adalbertstraße  
gegenüber dem Gewerkschaftshaus

**Greif Camembert**



die führende Marke  
Erhältlich in allen Lebens-  
mittel- und Feinkostgeschäften

**Kliems Festsäle**  
Masenheide 13-15  
Tel. Baarwald 6565 [148]  
3 Säle u. Vereinszimmer  
zu kulantem Bedingungen.

**Bindfaden**  
Kordel, Packstricke, Pack-  
u. Seidenpapiere, Fappen  
Billige Einkaufsquelle  
**Karl Daub**  
514, Wallstraße 73 / Telephon:  
F 7, Jannowitz 4814

**STOLPER JUNGCHEN**  
VOLFFETTER CEMBERT



in allen Butter- und Käsegeschäften  
zu haben.  
Großdampfwäscherei

**Alexander Michel**  
Haus- und Leibwäsche  
Spezialität: Berufskleidung  
von der einfachsten bis zur besten Stoffart  
Bei soliden Preisen sorgfältigste Behandlung  
50, Mariannenstr. 31, Tel.: Moritzpl. 551

**Autobereifung \* Wilhelm Grabs**  
Vertrieb in- und ausländischer Reifen  
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-  
Werkstätte / Autozubehör [132]  
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249  
Nabe Belle-Alliance-Platz - Tel. F 5 Bergmann 4736

**HEINRICH SCHMITZ**  
Restaurant zum Dortmunder  
Schmitz Industrie-Kasino  
Kommandantenstraße 72 - Kronenstraße 12

**J. L. Lindenberg & Co.**  
G. m. b. H.  
NO 18, Große Frankfurter Straße 60-61  
Glas - Porzellan - Steingut  
Großhandlung  
Lieferant nur an Wiederverkäufer!

**Wäsche nach Gewicht**  
Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112  
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2820 B 111  
Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

**Friedrich Hädicke**  
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen  
SW 68, Lindenstraße 2 TELEPHON  
Dönhoff 9527

**Wäsche** waschen blütenweiß  
Dampfwaschwerke  
Reibedanz & Co.,  
G. m. b. H., Tempelhof  
Södring: 696 - 1056 - 2823

**RESTAURANT**  
„MÜNZHOF“  
Münzstr. Ecke Dragonerstr.  
Warme Küche • Gut gepflegte Biere • Ab 12 Uhr mittags Konzert

**BERLINER ELEKTRO HÜTTE** G. M. B. H.  
Unser gemeinwirtschaftliches Unter-  
nehmen bietet die  
größten Vorteile bei  
Installationen u. dem  
Bezug von Beleuch-  
tungskörpern und  
sonst. elektrotech.  
Bedarfsartikeln  
BERLIN SO 36, ELISABETH-UFER 5-6  
TELEPHON: F 1 MORITZPLATZ 976

**Merken Sie sich bitte:**  
eine Adresse für Ihre Wäsche, es ist die besonders bevorzugte  
**Dampf-Wäscherei Westend**  
Charlottenburg, Wallstraße 22. Telephon: Wilh. 6693  
Wir liefern Qualitätsarbeit und sind billig

**Julius Ehl** Aufzüge  
Reparaturen  
Neulieferungen  
Bin.-Wilmsdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Platzburg 1433

**Krapkol - Bootsacke**  
sowie sämtliche  
Lacke - Farben - Pinsel  
erhältlich bei  
Berthold Krapke, Neukölln, Bürknerstr. 27  
Telephon Neukölln F II 9604

**C. Hartseil, Wäsche-Verleih**  
Telephon: Moritzpl. 918. S 42, Fürstenstr. 20  
**Wäsche aller Art**  
Gute Beschaffenheit, kulantem Bedingungen!

**Seilerwaren**  
Sämtliche Bedarfsartikel für die  
Industrie u. Landwirtschaft liefern  
**Meyer & Hirsch**  
Oranienburger Str. 87-89  
Telephon: Norden 6481  
Gegründet 1876

**Paul Zillen GmbH.**  
Elektrischer Bedarf Schiffbauerdamm 15  
**Sämtl. Elektromaterial**  
Spezialität: Heizöfen und Bügeleisen  
Verkauf nur an zugelassene Installateure